

Wahlprüfsteine Thomas Domres,

Parlamentarischer Geschäftsführer und Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft, Klimaschutz und Medienpolitik, Die Linke

Film- und Fernsehförderung

1. Die Bundesregierung plant ab 2025 zusätzlich zur klassischen Filmförderung eine steuerbasierte Förderung („tax incentive“) für große Film- und Fernsehproduktionen. Befürwortet Ihre Partei diese – insbesondere für den Medienstandort Potsdam-Babelsberg essenzielle - neue Form der Förderung?

Antwort: Da in anderen Ländern mit diesem Model positive Erfahrungen gemacht werden, kann es für Filmförderung in Deutschland, also auch für Babelsberg, ein richtiger und wichtiger Schritt für die künftige Filmförderung sein. Eine Studie belegt die positiven Effekte bei Beschäftigung, Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttowertschöpfung. Die Linke unterstützt das, sieht aber auch Risiken, da noch längst nicht alle offenen Fragen geklärt sind. So sind Fragen nach den Konsequenzen und Auswirkungen für einen möglichen Unterbietungswettbewerb ungeklärt, die Auswirkungen und die Gegenfinanzierung möglicher Steuermindereinnahmen nicht geklärt und selbstverständlich dürfen die anderen Förderprogramme nicht gekürzt werden.

2. Ist damit möglicherweise eine Neuausrichtung der Länder-Filmförderung Berlin-Brandenburg verbunden und damit auch des Medienboards Berlin-Brandenburg? Wenn ja, mit welchem Ziel?

Antwort: Ziel muss es sein, für Produktionen, insbesondere für größere Produktionen Planbarkeit und Verlässlichkeit bei Investitionen und deren Finanzierung, zu sichern. Mit einer stabilen Förderung durch Bund und Land und dem neuen Model können neue Produzenten / Investoren gewonnen und neue Projekte akquiriert werden.

3. Soll die Film- und Medienförderung des Landes Brandenburg in der jetzigen Größenordnung bestehen bleiben oder wäre für Ihre Partei auch eine Erhöhung der Mittel denkbar?

Antwort: Da wir, nach der Entscheidung vom Landesverfassungsgericht und dem Beschluss zum Nachtragshaushalt, vor einer schwierigen Haushaltslage stehen, muss es aus unserer Sicht um Stabilität in der Förderung gehen. Die jetzt im Haushalt veranschlagten Mittel sollten in der Höhe bleiben. Ziel muss es sein, alle Kofinanzierungen sicherzustellen. Zu prüfen wäre, ob neue Finanzierungsinstrumente wie ein revolving Fonds helfen könnte.

Medien- und Zukunftstechnologien - made in Brandenburg

1. Am Medienstandort Potsdam-Babelsberg entstehen im Umfeld der nationalen und internationalen Film- und Fernsehproduktionen Zukunftstechnologien rund um KI, AR, und VR, z.B. durch Unternehmen wie Volucap, Dark Bay oder durch Institutionen wie das MediaTech Hub und das CX Studio der Filmuniversität und nicht zuletzt durch das Hasso-Plattner-Institut. Würde Ihre Partei Maßnahmen befürworten und unterstützen, mit einem besseren Standortmarketing die hohe Innovationsexpertise in Potsdam-Babelsberg zu sichern und international sichtbar und wettbewerbsfähiger zu machen, auch um mehr internationale Projekte am Standort zu ermöglichen?

Antwort: Die Linke unterstützt und befürwortet Maßnahmen, um den Medienstandort Babelsberg zu stärken und auszubauen. Land, die Landeshauptstadt Potsdam, die ansässigen Unternehmen und Institutionen sollten verstärkt gemeinsam an einem besseren Standortmarketing arbeiten.

2. Es gibt den Trend, Medienprojekte und Gründungen auch in ländlichen Regionen umzusetzen. Dafür steht z.B. der vom brandenburgischen Wirtschaftsministerium 2022 erstmals ausgetragene Modellwettbewerb „Digitale Orte in Brandenburg: Innovativ. Offen. Regional.“ Wie kann die Politik darüber hinaus solche Vorhaben in abgelegenen Regionen unterstützen?

Antwort: Die Linke unterstützt solche Projekte ausdrücklich. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine längerfristige und verlässliche Finanzierung von Förderprogrammen sowie die notwendige Schaffung digitaler Infrastruktur auch im ländlichen Raum. So muss das Programm zur Unterstützung lokaljournalistischer Angebote, welches über die MABB bewirtschaftet wird, auf 1,5 Mio Euro angehoben werden. Die Förderung von Coworking Spaces, die Sicherung der Präsenz- und Transferstellen der Hochschulen und eine enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderung, mit den Kommunen und Verbänden sind aus unserer Sicht wichtige Bausteine, um Projekte erfolgreich umzusetzen.

Die Innovations- und Startup-Szene

1. Durch das MediaTech Hub, das Medieninnovationszentrum (MIZ), die Filmuniversität, das HPI, etc. gibt es eine beachtliche Anzahl von Startups und Ausgründungen. Was kann und muss Ihrer Ansicht nach getan werden, um das Umfeld und die Bedingungen für Startups und kleine Unternehmen zu verbessern und sie in Brandenburg zu halten?

Antwort:

Wir werden dafür sorgen, dass Gründerinnen und Gründer Gewerbeflächen per Erbbaupacht kostengünstig erhalten.

Für energieintensive Unternehmen wurden in den letzten Jahren verschiedene Vergünstigungen bei der Strom- und Gasversorgung gesichert. Wir wollen, dass auch Handwerker, Dienstleister und kleine Unternehmen von diesen Vergünstigungen profitieren und damit wettbewerbsfähig bleiben. Dafür braucht es einen Handwerkerstrom, den wir auf Bundesebene durchsetzen werden.

Die Genehmigungsverfahren in Brandenburg dauern viel zu lange. Um eine Beschleunigung der Verfahren zu erreichen, werden wir für mehr Personal in den Genehmigungsbehörden sorgen, die Digitalisierung vorantreiben und Abläufe vereinfachen. Eine Absenkung von Umweltstandards und die Abschaffung von Beteiligungs- und Klagerechten wird es mit uns nicht geben. Wir werden dafür sorgen, dass es keine einseitige Bevorzugung von Großinvestoren bei Genehmigungsverfahren mehr gibt. Es muss gleiches Recht für alle gelten, ob große oder kleine Unternehmen.

Viele Startups und Menschen, die sich selbstständig machen wollen, brauchen für den Start finanzielle Unterstützung, um ihre innovativen Ideen umzusetzen. Dafür braucht es auch staatliche Unterstützung, um die Abhängigkeit von großen privaten Geldgebern zu verringern. Deshalb werden wir einen Risiko-Zukunftsfonds schaffen, der zinslose Darlehen für neue Unternehmerinnen und Unternehmern und ihre Ideen für Brandenburg zur Verfügung stellt.

2. Sei es bei der Unternehmensgründung oder Fachkräftegewinnung – lange und nicht digitalisierte Verwaltungsprozesse stellen eine erhebliche Hürde bei der Fachkräfte- und Konkurrenzsicherung im nationalen und internationalen Wettbewerb dar. Planen Sie Maßnahmen, um Verwaltungsprozesse zu digitalisieren und zu beschleunigen?

Antwort:

KMU brauchen mehr Unterstützung und weniger Bürokratie. Wir werden die Förderprozesse von unnötigen Verwaltungsaufwand in den KMU reduzieren. Der Antrags- und Bewilligungsprozess von Fördermitteln einschließlich der Kontrolle und Prüfung muss auf das notwendige Maß begrenzt werden.

Wir werden den Innovationsgutschein BIG-Digital fortsetzen, Betriebs- und Prozessinnovationen durch Digitalisierung fördern um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Für uns ist die Digitalisierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen entscheidend für die sozialökologische Transformation regionaler Wirtschaftskreisläufe. Um das Ziel zu erreichen, wollen wir für kleine Unternehmen den Zugang zu Förderprogrammen stark verbessern: mehr Transparenz, kürzere Verfahren, eindeutige Richtlinien, schnelle Entscheidungen und Limits bei der Förderung von Großunternehmen.

Unser Ziel ist die schnellstmögliche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Dafür werden wir Verwaltungsakten schnellstmöglich digitalisieren und für persönliche Ansprechpartner für Menschen sorgen, die nicht auf digitale Lösungen zurückgreifen können (Recht auf Offlinezugang).

Games

1. Die Games-Branche in Deutschland - vorrangig in Berlin und Nordrhein-Westfalen - wächst stetig. In Brandenburg ist die Games-Wirtschaft jedoch kaum präsent. Welchen Stellenwert hat die Games- Branche für Ihre Partei?

Antwort: Games wurden lange nicht als Kulturgut angesehen. Wir müssen daher klar herausstellen, dass Gaming heute eine wichtige Kulturform der jüngeren und mittlerweile auch vielen älteren Menschen ist. Wir möchten mit den Akteuren darüber reden, wie die Branche besser unterstützt werden und wie Politik die Rahmenbedingungen besser gestalten kann. Die Linke freut sich auf den Dialog mit den Akteuren der Games-Branche

Verankerung der Medienwirtschaft in der Brandenburger Politik

1. Welche Bedeutung für das Land Brandenburg und welchen Stellenwert hat ihrer Meinung nach die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft?

Antwort: Die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft hat für das Land Brandenburg und insbesondere für Die Linke eine große Bedeutung. Medien sind ein wichtiger Pfeiler in der demokratischen Meinungsbildung und für die Gestaltung der Demokratie in unserem Land enorm wichtig.

2. Sollte ein kontinuierlicher Kommunikationsaustausch zwischen Branche und Politik – insbesondere zu aktuellen Entwicklungen – etabliert werden und wenn ja, in welcher Form?

Antwort: Ja, der Dialog zwischen der Branche und der Politik ist sehr wichtig. Der zu bildende Ausschuss für Medien und Digitales wäre Ansprechpartner für den parlamentarischen Raum und dort könnten Fachgespräche, Anhörungen stattfinden und parlamentarische Initiativen besprochen werden. Ein/e Beauftragte/r für die Film-, Medien- und Kreativwirtschaft bei der Landesregierung würde den exekutiven Bereich abdecken.

3. Im Abgeordnetenhaus in Berlin gibt es einen gesonderten Medienausschuss. Halten Sie die Etablierung eines eigenen Ausschusses (oder Unterausschusses) für Film-, Kreativ- und Digitalwirtschaft im Landtag Brandenburg für wünschenswert und würde Ihre Partei sich dafür einsetzen?

Antwort: Ja, Die Linke hatte in dieser Wahlperiode die Einsetzung eines Medienausschusses gefordert. Für die neue Wahlperiode fordern wir die Einsetzung eines Ausschusses für Medien und Digitales, der sich um dies Themen kümmern soll.

4. Über einige Jahre gab es in der Landesregierung angebunden an das Ministerium für

Wirtschaft einen Medienbeauftragten. Halten sie die Etablierung eines Beauftragten für die Film-, Medien- und Kreativwirtschaft bei der Landesregierung für sinnvoll und erwägenswert?

Antwort: Ja, so ein Beauftragter kann eine sinnvolle Sache sein. Insgesamt muss aber die Ausstattung der Stelle mit Personal und Finanzen, mit Kompetenzen und Steuerungsaufgaben sowie die Rolle der Staatskanzlei für die Digitalisierung geklärt sein. Die Bündelung der Verantwortung halten wir für sinnvoll.

5. Bitte nennen sie drei Gründe, warum die Beschäftigten in der Brandenburger Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft Ihre Partei wählen sollen.

Antwort:

1. Die Linke wird die digitale Arbeitswelt human gestalten: Wir werden langfristige Strategien für einen humanen Umgang mit digitalen Arbeitsformen erarbeiten, einschließlich des Rechts auf Abschaltung, Datenschutz am Arbeitsplatz und Prävention von digitaler Überwachung. Hierzu zählt für uns auch die Stärkung von Medienkompetenz in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.
2. Die Linke wird die Digitalagentur Brandenburg stärken: Wir werden die Digitalagentur zu einem Kompetenz- und Innovationszentrum des Landes für souveräne Digitalisierung ausbauen, das nicht nur zwischen Land und Kommunen vermittelt, sondern flächendeckend unterstützt, um digitalgestützte Angebote, Arbeitsprozesse, Organisationsentwicklung zu gestalten und IT-Sicherheit zu gewährleisten. Es soll gleichzeitig die digitale Startup-Szene sowie digitale Projekte in Brandenburg auch über die Gründungsphase hinaus sowie die klein- und mittelständische Wirtschaft beraten und unterstützen.
3. Wir werden einen „Brandenburgischen Zukunftsrat Wirtschaft“ unter Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner einsetzen, der die Landesregierung bei der Erarbeitung von Transformationsstrategien zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Industrie und im öffentlichen Sektor unterstützt, z.B. bei der Industriestrategie, der Ansiedlungsstrategie, der Energiestrategie, der Wasserstoffstrategie, der Digitalisierungsstrategie, der Innovationsstrategie sowie bei Strategien zur Fach- und Arbeitskräftesicherung.